

LANDES-INNUNGSVERBAND
FÜR DAS BAYERISCHE BÄCKERHANDWERK



**Statement von Landesinnungsmeister
Heinrich Traublinger, MdL a. D.**

anlässlich der

Jahrespressekonferenz

des Landes-Innungsverbandes für das bayerische

Bäckerhandwerk

am 19. Mai 2011

Ort: Presseclub München
Marienplatz 22
80331 München

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede!

Begrüßung

Begrüßung aller anwesenden Pressevertreter

EINFÜHRUNG

Zu Gast im Presseclub

Wir sind heute wieder im Münchner Presseclub zu Gast und ich freue mich, Sie hier in diesem angenehmen Rahmen über die Entwicklung des bayerischen Bäckerhandwerks informieren sowie die Kernanliegen unserer Branche vortragen zu dürfen.

AKTUELLE SITUATION DES BÄCKERHANDWERKS

Bäckerhandwerk im Bund

Die Daten des Jahres 2010 bringen zum Ausdruck, dass auch das deutsche Bäckerhandwerk an der insgesamt feststellbaren konjunkturellen Erholung – zumindest teilweise – partizipieren konnte. Der amtlichen Statistik zufolge lag der Jahresumsatz des Bäckerhandwerks im gesamten Bundesgebiet im Jahr 2010 bei 12.933 Mio. €. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen leichten Anstieg um 1,1 %.

Umsatzentwicklung in Bayern

Umsatzentwicklung in 2010

Die Umsatzentwicklung im bayerischen Bäckerhandwerk verlief deutlich günstiger als im Bundesdurchschnitt. Das statistisch gemessene Plus betrug in Bayern 2,7 %. Damit erzielte das backende Handwerk im Freistaat 2010 einen Gesamtumsatz von 2,391 Mrd. € und übertraf damit erstmals wieder den Umsatzwert des Jahres 2001 (2,345 Mrd.), der bis dato den besten Wert in diesem Jahrtausend markierte. Wenngleich dies etwas unterhalb der Wachstumsrate der Gesamtwirtschaft (+ 3,6 %) liegt, konnte dennoch das bayerische Bäckerhandwerk am allgemeinen Wirtschaftsaufschwung teilhaben.

Günstige Ausgangsposition

Die Gründe für diese Entwicklung sind vielfältig. Schon allein die Tatsache, dass es im bayerischen Bäckerhandwerk im Jahre 2009 keinen massiven Konjunkturunbruch gab, sondern nahezu stagnierenden Umsätze erwirtschaftet wurden, führte zu einer günstigen Ausgangssituation. Wir konnten also auf einem etwas höheren Niveau draufsatteln. So gesehen sind die etwas niedrigeren Steigerungsraten gegenüber der Gesamtwirtschaft durchaus vorzeigbar. Man könnte fast sagen: „Gegessen wird immer“ – eine Aussage, die zwar etwas

oberflächlich ist, aber dennoch einen deutlichen Fingerzeig in Richtung Berufsnachwuchs darstellt.

Einzelne Quartale 2010

Die Quartalsbetrachtung zeigt eine Zweiteilung des vergangenen Jahres: In den ersten beiden Vierteljahren lagen die Wachstumsraten mit 2,4 % (I/10) und 1,4 % (II/10) deutlich unter dem Jahresmittel. In der zweiten Jahreshälfte zogen die Werte dann stark an. Im dritten Quartal lag der Zuwachs bei 2,9 % und im vierten Quartal gar bei 3,6 %. Die Entwicklung auf den Rohstoffmärkten, wo seit Mitte 2010 viele Preisindices steil nach oben zeigen, zwangen zu Preisanpassungen, die sich dort, wo sie am Markt durchgesetzt werden konnten, in höheren Nominalumsätzen niederschlugen. Doch auch bei Bereinigung um die Inflationsrate, die im Jahresdurchschnitt 2010 bei 1,1 % lag, bleiben wir im schwarzen Bereich.

LIV-Konjunktur- Umfrage

Die im Frühjahr 2011 durchgeführte Konjunkturumfrage des Landes-Innungsverbandes bestätigt weitgehend die Ergebnisse der amtlichen Handwerksstatistik. Über 10 % der bayrischen Innungsbäckereien nahmen hieran teil. Auch wenn infolge der stärkeren Beteiligung mittlerer und größerer Betriebe die absoluten

Zahlen höher ausfielen als im Durchschnitt, ist dennoch die Tendenz eindeutig:

**Gute
Ertragssituation**

Demnach ist der Umsatz im Jahr 2010 im Vergleich zu 2009 bei den befragten Betrieben im Schnitt nominal um 4,1 % gestiegen. Eine positive Entwicklung nahm auch die Ertragssituation der befragten Betriebe: Lediglich 3,8 % der Betriebe gaben an, dass sie im letzten Geschäftsjahr keinen Gewinn erzielt haben. 85,7 % schlossen das Jahr 2010 mit einem positiven Ergebnis ab – das sind 3,3 Prozentpunkte mehr als im letzten Jahr. Im Durchschnitt aller befragten Betriebe betrug der Gewinn 6,0 % des Jahresumsatzes. Auch hier zeigt sich eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Wert des Vorjahres (der lag bei 3,7 %).

Investitionstätigkeit

**Hohe Investitions-
bereitschaft**

Angesichts dieser positiven Zahlen nimmt es nicht Wunder, dass sich die Investitionsbereitschaft der Betriebe auf einem hohen Niveau bewegte: 69,6 % der Befragten haben in 2010 in ihr Unternehmen investiert. Das ist ein leichtes Plus gegenüber 67,6 % im Jahr 2009. Die durchschnittliche Investitionssumme lag pro antwortendem Betrieb bei rund 271.000 €.

Preisentwicklung

Preisniveau tendiert nach oben

Hinsichtlich der Entwicklung des Preisniveaus zeigen die Umfrage-Ergebnisse gegenüber 2009 ebenfalls einen positiven Trend: Knapp zwei Drittel der befragten Betriebe (64 %) gelang es, Preisanhebungen in ihrem Sortiment durchzusetzen. 36 % gaben ein gleichgebliebenes Preisniveau an. Kein einziger wählte die Antwortmöglichkeit, dass das Preisniveau gesunken ist – auch das ist positiv.

Nachfrage nach Backwaren

Gemischte Entwicklung

Unterschiedlich entwickelt hat sich die Backwarennachfrage. 24,9 % der Betriebe registrierten eine gestiegene Nachfrage beim Hauptartikel Brot. Die Nachfrage nach Kleingebäck wies bei 28,7 % und die Nachfrage nach Feinen Backwaren bei 25,7 % der Betriebe eine steigende Tendenz auf. Damit sind die Anteile bei Kleingebäck und Feinen Backwaren im Vergleich zum Vorjahr etwas angestiegen.

Von gleich gebliebener Nachfrage berichteten bei Brot und auch bei Kleingebäck jeweils 45,6 %, und bei Feinen Backwaren 50,2 % der Betriebe. Nachfrageeinbußen verzeichneten bei Brot 26,6 %, bei Kleingebäck 21,5 % und bei Feinen Backwaren 21,5 % der Befragten.

**Starkes
Snack-Geschäft**

Beim Snack-Geschäft zeigt sich weiterhin eine deutlich steigende Tendenz. Dies ist sicherlich in großem Umfang dem zunehmenden Außer-Haus-Verzehr zuzuschreiben. Beim Snack-Umsatz verzeichneten 41,4 % der Befragten einen Nachfrage-Anstieg, 38,4 % eine gleichbleibende Nachfrage und nur 10,1 % einen Rückgang. Somit setzte sich die positive Entwicklung aus 2009 ohne Unterbrechung fort.

**Positiver
Ausblick 2011**

Für das erste Quartal des Jahres 2011 gibt es leider noch keine statistisch abgesicherten Zahlen, aber doch schon erste Tendenzen. Der aktuelle Konjunkturbericht des Bayerischen Handwerkstages vermeldet eine gute Stimmung bei den Lebensmittelhandwerken, die derzeit vor allem mit einer saisonalen Verkaufsbelebung rechnen. Generell sehen die Betriebe der Geschäftsentwicklung in den kommenden Monaten optimistisch entgegen.

Positive Stimmen

Dieser Eindruck wird auch durch Berichte von diversen Hausmessen bei den bayerischen BÄKO-Genossenschaften bestätigt: Es wird von „großem Interesse“, „hervorragender Stimmung“ und „lebhaften Geschäften“ gesprochen.

Der Arbeitsmarkt im Bäckerhandwerk

**Beschäftigung
blieb stabil**

Das Bäckerhandwerk ist ein Stabilitätsfaktor – auch auf dem Arbeitsmarkt. 2010 zeigte die Beschäftigtenzahl – zumindest nach Köpfen – so gut wie keine Veränderung. Im Jahresdurchschnitt 2010 meldete das statistische Landesamt knapp 49.000 beschäftigte Personen im bayerischen Bäckerhandwerk (Vorjahr 49.100). Die statistische bayerische Durchschnittsbäckerei beschäftigte im Jahr 2010 rein rechnerisch 16,1 Personen. Vom Mitarbeiterbestand her ist damit eine durchschnittliche Bäckerei in Bayern drei Mal größer als der Durchschnittsbetrieb aller anderen Handwerke. Darin manifestiert sich die hohe Personalintensität des Bäckerhandwerks: Ein Faktor, der in allen Politikbereichen – von der Ordnungspolitik über die Steuer- und Sozialpolitik bis hin zur Wirtschaftspolitik – eine besondere Beachtung verdient.

Betriebszahlen

Moderater

In der Entwicklung der Betriebszahlen zeigt sich, dass der Strukturwandel im bayerischen Bäckerhandwerk auch in 2010 weiterging – allerdings in moderatem Tempo: Zum Jahresende 2010 waren 3.039 Bäckereibetriebe in die Handwerksrollen der bayerischen Handwerks-

Rückgang

kammern eingetragen. Das waren 73 Betriebe bzw. 2,3 % weniger als ein Jahr zuvor.

Eine Einordnung des bayerischen Bäckerhandwerks in die bundesdeutsche Bäckerlandschaft ermöglichen die nachfolgenden Zahlen zum Stichtag 01.01.2011:

Einordnung im Bund

- **Betriebe: 3.039** (-73)
= 20,8 Prozent von 14.594 im Bund
- **Jahresumsatz: 2.391 Mio. €** (+ 63 Mio.)
= 18,5 Prozent von 12.933 Mio. € im Bund
- **Beschäftigten: 49.000** (-100)
= 16,7 Prozent von 293.300 im Bund
- **Zahl der Lehrlinge: 6.571** (- 605)
= 20,1 Prozent von 32.743 im Bund

Diese Zahlen deuten darauf hin, dass die Handwerksbäckereien in Bayern einen wesentlichen Pfeiler des deutschen Bäckerhandwerks darstellen.

Verkaufsstellen

Präsenz in der Fläche

Die Standortpolitik des Bäckerhandwerks kommt dem Einkaufsverhalten der Verbraucher entgegen. Rund 8.000 Verkaufsstellen verteilen sich über ganz Bayern – damit ist das bayerische Bäckerhandwerk nach wie vor in der

Fläche präsent. Diese 8.000 Verkaufsstellen unterteilen sich in Hauptgeschäft und Filialen, worunter viele in den Vorkassenzonen liegen. Rein rechnerisch betreibt die statistische baye-
rische Durchschnittsbäckerei in etwa 2,6 Ver-
kaufsstellen. Dazu kommen dann noch Liefe-
rungen an Wiederverkäufer, Gastronomie etc.

POLITISCHE POSITIONEN DES BAYERISCHEN BÄCKERHANDWERKS

Im Gesamtkonzert aller Handwerksberufe zeigt sich das Bäckerhandwerk stark und gut orga-
nisiert. Nicht von ungefähr kommt es daher,
daß wir auch klare politische Vorstellungen und
Forderungen haben, deren Artikulation und
möglichst auch Durchsetzung wesentliche Auf-
gabe einer Berufsstandsorganisation sind.

Farbbalken-Kennzeichnung

**Heute: Entscheidung
über Farbbalken-
Barometer**

Von besonderer Aktualität ist das Thema
„Transparenz der Lebensmittelüberwachung“.
Die Verbraucherschutzminister der Länder set-
zen heute ihr gestern begonnenes Treffen in
Bremen fort. Dabei steht heute Nachmittag die
endgültige Abstimmung über die Beschlussvor-
lage zur „Farbbalken-Kennzeichnung“ für Be-

triebe der Lebensmittelwirtschaft, die bei Hygienekontrollen beanstandet wurden, auf der Tagesordnung. Der Farbbalken soll die Kompromisslösung für den nicht konsensfähigen „Smiley“ sein.

Unverantwortbarer Aktionismus

Um eines gleich vorweg zu sagen: Wir wenden uns **nicht** gegen eine sinnvolle Form der Kommunikation und Information. Es geht **nicht** darum, den Verbrauchern das Recht abzuspochen, die für Ihre Kaufentscheidungen wichtigen Informationen zu erlangen. Doch was wir aktuell in der Gesetzgebung erleben, ist unverantwortbarer Aktionismus.

Strikte Ablehnung durch das Bäcker- handwerk

Der Landes-Innungsverband für das bayerische Bäckerhandwerk hat die zuständigen Ministerien auf Bundes- und Länderebene mehrmals darüber informiert, warum er die Einführung einer diskriminierenden, öffentlichen Kennzeichnung kategorisch ablehnt: Ein Kennzeichnungssystem via Smiley oder Farbbalken kommt in der Wirkung einem „an den Pranger stellen“ gleich. Eine derartige Brandmarkung ist undifferenziert und imageschädigend – ja sie ist im Endeffekt sogar existenzbedrohend und existenzvernichtend. Erste Erfahrungen aus anderen Bundesländern wie Berlin oder

auch Saarland belegen, daß gekennzeichnete Betriebe infolge der massiven Umsatzeinbrüche an den Rand der Existenzfähigkeit gedrängt werden.

**Kein Reaktions-
spielraum für die
Betriebe**

Das Fatale an dieser Situation ist, daß die Betroffenen Betriebe - selbst bei sofortiger Ausräumung der Beanstandung - keinerlei Möglichkeit haben, kurzfristig ein der aktuellen Hygienesituation gerecht werdendes Label zu erhalten. Ein Rechtsanspruch auf eine kurzfristige Wiederholungskontrolle und damit Korrektur der Kennzeichnung ist nicht vorgesehen. Damit wird per Gesetz jeder Überwachungsbeamte vor Ort quasi in den Richterstand erhoben, der die Betriebe unmittelbar und ohne Gewährung von Rechtsmitteln auf Dauer abstrafft.

**Verhältnismäßigkeit
verletzt**

Derartige Auswirkungen stehen in keinerlei Verhältnis zum anvisierten Ziel. Der risikoorientierte Ansatz der Lebensmittelkontrolle – so wie er hier in Bayern praktiziert wird – hat sich voll- auf bewährt und soll unserer Ansicht nach beibehalten werden.

Wir sind deshalb dem Bayerischen Umwelt- und Gesundheitsminister, Dr. Markus Söder, sehr dankbar, dass er sich unseren Argumen-

**Unterstützung durch
Minister Söder**

ten gegen die Kennzeichnung angeschlossen hat. Söder hat uns in einem persönlichen Schreiben ohne Einschränkung Recht gegeben, dass „ein sinnvolles Modell zur Transparenzmachung von Ergebnissen der amtlichen Lebensmittelüberwachung in einem Smiley-System nicht zu erkennen ist“. Gleiches gilt für den Farbbalken. Das Bundesland Bayern hat denn auch bei der letzten Sitzung der Länder-Arbeitsgemeinschaft Verbraucherschutz am 04. April 2011 gegen die Farbbalken-Kennzeichnung gestimmt.

**Ilse Aigner beim
LIV-Verbandstag**

Bundesverbraucherschutzministerin Ilse Aigner wird in drei Tagen auf unserem diesjährigen Verbandstag in Kulmbach die Festrede halten. Wir haben ihr unsere massiven Bedenken gegen das zur Abstimmung stehende Konzept vorgetragen. Ich bin sehr gespannt, wie Sie sich angesichts dieser Sachlage zum Thema Farbbalken-Kennzeichnung äußern wird.

Änderung des VIG

**Novellierung des
Verbraucherinformationsgesetzes**

Anfang Februar 2011 hat das Bundesverbraucherschutzministerium einen Referentenentwurf zur Novellierung des Verbraucherinformationsgesetzes (VIG) vorgelegt. Der Vorschlag

enthält unter anderem verschiedene Verschärfungen in puncto Informationspolitik.

**Auslöser:
Dioxin-Skandal**

Das VIG ist seit Mai 2008 in Kraft – es gewährt jedermann das Recht, bei den zuständigen Behörden Informationen zu Lebens- und Futtermitteln sowie Gegenständen des täglichen Bedarfs wie Kosmetika oder Kleidung abzufragen. Nach den Funden von Dioxin in Lebensmitteln – an die übrigens (wie bei anderen sogenannten „Lebensmittel-Skandalen“ auch) **kein einziger Handwerksbetrieb beteiligt** war, hat Verbraucherschutzministerin Ilse Aigner einen umfangreichen Aktionsplan angekündigt, zu dem auch eine Verschärfung des Verbraucherinformationsgesetzes gehörte. „Wenn Rechtsverstöße gegen Vorschriften des Lebens- und Futtermittelrechts vorliegen, dann müssen die Behörden von sich aus in Zukunft Firmennamen und das Produkt zwingend veröffentlichen“, kündigte Ministerin Aigner an. D. h. das Informationsinteresse der Verbraucher soll unbedingten Vorrang haben vor den Belangen betroffener Unternehmer. Auch bei sonstigen Messergebnissen soll für eine zügigere und unbürokratischere Veröffentlichungsmöglichkeit gesorgt werden.

**Belange der Betriebe
werden vernachlässigt**

**Novelle des LFGB
geht in die gleiche
Richtung**

Damit in unmittelbarem Zusammenhang steht die zeitgleich beabsichtigte Novellierung des Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuches (LFGB). In § 40 soll – unabhängig von dem bisher schon verankerten Fall der Gefahrenabwehr und damit ohne Verhältnismäßigkeitsprüfung – eine Vorschrift aufgenommen werden, die es den zuständigen Behörden erlaubt, Verstöße gegen Verbraucherschutzbestimmungen unter Nennung der Bezeichnung des Lebens-/Futtermittels **und** der Namen oder Firmen der diese Produkte behandelnden, herstellenden und/oder in Verkehr bringenden Unternehmen öffentlich bekannt zu machen.

Pranger

Fakt ist, dass mit beiden Novellierungen berechnete Unternehmensinteressen – wie etwa die Wahrung von Betriebsgeheimnissen – leichtfertig beiseitegeschoben werden. Wir befürchten eine „Anprangerung“ von Unternehmen unter Aushebelung von rechtsstaatlichen Prinzipien wie des Rechts auf Anhörung und Stellungnahme.

Benachteiligung kleiner Betriebe

Gesetzesverschärfungen, die vor allem für die kleinen und mittleren Unternehmen der Nahrungsmittelbranchen – also vor allem auch für die Handwerksbetriebe – negative Auswirkungen

gen haben, sind kein geeignetes Mittel, um Lücken im Gesetzesvollzug zu schließen. Unsere Betriebe verfügen nicht über das Abwehrpotential, welches etwa nationale oder internationale Food-Konzerne mit ihren spezialisierten Rechtsabteilungen haben. Deshalb mahnen wir nachdrücklich ein Überdenken der in Diskussion befindlichen Regelungen an. Besonnenheit muss Vorrang vor Aktionismus haben.

EU-Verbraucherinformationsverordnung

Kennzeichnungsfreiheit für lose Waren

Nachdem der Europäische Rat der Verbraucherschutzminister im Februar 2011 über den von der EU vorgelegten Entwurf zur Lebensmittelinformations-Verordnung entschieden hat, befasst sich nun wieder der Umweltausschuss damit. In den letzten Wochen wurden mehr als 400 Änderungsvorschläge eingebracht. Anliegen des Bäckerhandwerks ist, dass lose Ware sowie vorverpackte Ware zum alsbaldigen Verzehr aus dem Anwendungsbereich der Lebensmittelinformations-Verordnung explizit herausgenommen werden. Damit fordern wir nicht mehr und nicht weniger, als bereits bei Umsetzung der seit 2003 geltenden EU-Etikettierungsrichtlinie von Staatswegen in der deutschen Lebensmittelkennzeichnungsverordnung festgeschrieben wurde. Unsere

Fachpersonal ist Garant für Information

Geschäfte sind keine Supermärkte mit Regalangeboten, sondern die frischen Backwaren werden im Bedienenverkauf an den Kunden abgegeben. Wer Fragen hat, braucht kein mühsam zu lesendes Etikett studieren, sondern der bekommt Antwort vom Fachpersonal. Es ist nicht einzusehen, warum dieser auf nationaler Ebene funktionierenden Regelung jetzt eine EU-einheitlich Verordnung übergestülpt werden muss.

Kennzeichnung allergener Stoffe

Allergenkennzeichnung

Zur Kenntnis nehmen müssen wir, dass auf EU-Ebene wohl ein überwiegender Konsens herrscht, eine Informationspflicht über allergene Stoffe auch für lose Ware einzuführen. Diesbezüglich plädieren wir dafür, dass die Art und Weise der Informationsdarbietung bei loser und zum alsbaldigen Verzehr verpackter Ware weitestgehend liberal gestaltet wird, um unsere Betriebe nicht mit unmöglichen Auflagen.

Libérale Lösung gefordert

Zudem sollte nicht übers Ziel hinausgeschossen werden, wie es der vorliegende Verordnungsentwurf bspw. mit der geplanten Kennzeichnung von Spuren von allergenen Stoffen tut. Eine mögliche Kennzeichnungspflicht von Spuren läuft dem Sinn und Zweck der LMIV

Kennzeichnung von Spuren

**„Spuren“ sind keine
Zutaten**

zuwider: Spuren sind gerade keine Zutaten im lebensmittelrechtlichen Sinn. Eine Zutat ist ein Stoff der bei der Herstellung oder Zubereitung eines Lebensmittels verwendet wird, d.h. ein Stoff der aufgrund der Rezeptur dem Lebensmittel beigelegt wird (§ 5 LMKV). Spuren im Sinne allergener Stoffe sind unbeabsichtigte Kontaminationen, die gerade nicht Teil der Rezeptur sind. Es wäre dem Verbraucher nicht gedient, wenn die Produzenten – um sich rechtlich abzusichern – auf jedem Lebensmittel einen „Spurenhinweis“ veröffentlichen würden. Das wäre für einen Allergiker alles andere als ein hilfreicher Hinweis für seine Kaufentscheidung.

Health Claim VO /Salzgehalt im Brot

**Widerstand des Bä-
ckerhandwerks**

In diesem Zusammenhang darf ich daran erinnern, dass die Europäische Kommission im Jahre 2009 eine Initiative eingeleitet hat zum Schutz der Gesundheit der Verbraucher im Hinblick auf den Salzverzehr. Das Bäckerhandwerk hat massiv gegen eine derartige Bevormundung der Verbraucher gekämpft - mit Erfolg. Die mit dem Ziel der Festschreibung eines maximalen Salzgehalts im Brot von der EU eingeleitete Erarbeitung von Nährwertprofile, mit denen allgemeine Anforderungen an

gesundheitsbezogene Aussagen definiert werden sollen, sind folglich immer noch nicht abgeschlossen.

**Praktikable Lösung
gefordert**

Bereits im letzten Jahr hat der Ausschuss für Umweltfragen, Volksgesundheit und Lebensmittelsicherheit des EU-Parlaments die ablehnenden Argumente des Bäckerhandwerks aufgegriffen und eine komplette Streichung des Artikels 4 der Health-Claim-Verordnung befürwortet. EU-Kommissar John Dalli hat uns in einem persönlichen Gespräch versichert, eine praktikable Lösung finden zu wollen. Das Bäckerhandwerk vertraut auf diese Aussage und darauf, dass die Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz uns - wie bisher schon - auch künftig in der zu erwartenden „Neuaufgabe“ der Salzdiskussion unterstützt.

**Salzreduktion wider-
spricht der Vernunft**

Würde wider aller Vernunft eine Salzreduktion beschlossen bei Lebensmitteln, die mit gesundheitsbezogenen Aussagen beworben werden, so hätte die dann notwendige Umgestaltung der Rezepturen zur Folge, dass ein gutes und gesundes Grundnahrungsmittel qualitativ schlechter und teurer wird. Das wäre ein Zustand, den der Verbraucher entweder durch

Neuere Studie: Zu wenig Salz macht krank

Nachsalzen oder verminderten Brotverzehr kompensiert. Sinkt jedoch der Brotanteil im Ernährungsmix, sinkt auch die in der Regel heute schon zu geringe Aufnahme von Kohlehydraten, Ballaststoffen, Jod, natürlichen Vitaminen und Mineralstoffen, so das Ergebnis der Nationalen Verzehrsstudie II von 2008. Eine neuerre Studie der holländischen Universität Leuven belegt, dass nicht ein zu hoher, sondern ein zu geringer Salzkonsum zu erhöhtem Infarkt- und Schlaganfallrisiko führt.

Deshalb wäre es wirklich das allerbeste, wenn die EU von ihrem unsäglich Vorhaben endgültig Abstand nehmen würde.

Landesentwicklungsprogramm (LEP)

Bedenklicher Beschluss des Kabinetts

Für die Entwicklung innerstädtischer Lagen sind der Einzelhandel und das Lebensmittelhandwerk eine wichtige Säule. Sie haben städtebauliche Leitfunktionen. Das LEP gibt die Möglichkeit, Leitplanken der Planung festzusetzen, die für alle gelten und Rechtsverbindlichkeit schaffen. Bisher waren Lebensmittelmärkte mit 1.200 qm Verkaufsfläche nur in Untertentren und Orten höherer Zentralität möglich. Seit dem kürzlich gefassten Ministerratsbeschluss kurzem soll dies bayernweit in jeder

Gemeinde ohne landesplanerische Prüfung gelten. Das erhöht den Druck auf die Innenstadtlagen, die Immobilienbesitzer und den Mittelstand.

**Auswirkungen sind
bereits spürbar**

Vieler unserer Mitgliedsbetriebe berichten trotz der kurzen Zeit, die seit dem Ministerratsbeschluss vergangen ist, bereits von Zentrenplanungen nach den neuen erweiterten Vorschriften. Das sind massive Bedrohungen für ihre handwerkliche Existenz und darüber hinaus massive Benachteiligungen der immobilen Bevölkerungsschichten – vor allem der Alten und Gebrechlichen.

Streitfall in Oberfranken

Doch nicht nur die Betriebe selbst, auch viele Kommunen sind mit der neuen Rechtslage alles andere als zufrieden. Der aktuelle Streit der Gemeinden Bayreuth und Bad Berneck/Himmelskron zeigt, wohin dieser Beschluss führt. Bayreuth fürchtet um den Abzug erheblicher Kaufkraft, womit die Investitionen der letzten Jahre in den Stadtkern und in die Infrastruktur zu Lasten der Steuerzahler und zu Lasten des örtlichen Einzelhandels und Handwerks quasi in den Wind geschrieben werden müssen. Deshalb kritisieren wir diese Erweiterung der Flächengrenzen auf das schärfste.

Energiepolitik

Bäckerhandwerk ist energieintensiv

Nach den Ereignissen in Japan ist die Energiepolitik zu einem absoluten Top-Thema aufgestiegen. Das Bäckerhandwerk ist eine relativ energieintensive Branche. Der Energiekostenanteil liegt durchschnittlich zwischen rund 4 und 7 Prozent des Gesamtumsatzes. Allein aus diesem Grund sind die energiepolitischen Weichenstellungen, die jetzt vorgenommen werden, für uns von großer Bedeutung.

Grundbedürfnis Energiebezug

Wir leben in einer hochindustrialisierte Gesellschaft. Gewerbebetriebe und private Haushalte sind darauf angewiesen, dass ihnen Energie in den verschiedensten Formen zu erschwinglichen Preisen zur Verfügung gestellt wird. Energiebezug ist ein Grundbedürfnis. Aus diesen Gründen fordern wir eine Energiepolitik mit Augenmaß, die sachlich entscheidet und sich nicht allein von Emotionen leiten lässt. Folgende Aspekte sollten dabei aus unserer Sicht im Vordergrund stehen:

Grundsätze einer Energiepolitik mit Augenmaß

- Abhängigkeiten von einem Energieträger müssen vermieden und die Kostenbelastung für die Energieverbraucher in Grenzen gehalten werden. Versorgungssicherheit, ökologische Nachhaltigkeit und ökonomi-

sche Wettbewerbsfähigkeit müssen gleichermaßen Beachtung finden. Sachbedingt ist eine enge Abstimmung innerhalb der EU unverzichtbar. Vor allem beim Ausstieg aus der Atomenergie muss ein klarer Weg aufgezeigt werden, wie eine zuverlässige und international wettbewerbsfähige Energieversorgung in Zukunft gewährleistet werden kann.

Regenerative Energien

Förderung begrenzen

- Die Förderung der Energieerzeugung aus regenerativen Quellen können wir zwar generell unterstützen. Allerdings darf diese Förderung unter keinen Umständen zu einer Dauersubventionierung von nicht wettbewerbsfähigen Strukturen führen. Aufgrund der Förderung von Photovoltaik-Anlagen hat sich z. B. die EEG-Umlage im Strompreis im Zeitraum 2009 bis 2011 um knapp 200 % auf 3,5 Cent pro Kilowattstunde erhöht. Dies bedeutet für unsere Betriebe eine enorme Zusatzbelastung, die nicht so einfach weggesteckt werden kann. Diese Fehlentwicklung muss dringend korrigiert werden.

Kernpunkt Energieeffizienz

- Bei der Förderung der Energie-Effizienz legt die Bundesregierung zu Recht einen Schwerpunkt auf die energetische Gebäu-

Gebäudesanierung

desanierung. Schließlich entfallen auf den Gebäudebereich rund 40 % des Endenergieverbrauchs. Das Bundesbauministerium geht davon aus, dass durch fachgerechtes Sanieren und moderne Gebäudetechnik bis zu 80 % des Energiebedarfs eingespart werden können. Genau hierfür müssen mit einer sinnvollen Förderpolitik die geeigneten Rahmenbedingungen geschaffen werden. Darüber hinaus sehen wir bspw. für unsere Betriebe in der Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung, zu der wir vom Verband attraktive Rahmenvereinbarungen abgeschlossen haben, eine sehr empfehlenswerte Form der Effizienzsteigerung.

Kraft-Wärme-Kopplung

Transparenz und Wettbewerb an den Energiemärkten

- Seit einigen Jahren werden Energieträger weltweit an Börsen gehandelt. Das starke Wachstum der Schwellenländer führt hier zu steigender Nachfrage. Bei begrenztem Angebot zumindest der fossilen Energieträger sind fallende Preise mittelfristig nicht zu erwarten. Darum fordern wir, dass durch Transparenz und Wettbewerb auf den Energiemärkten Preistreiberei und Spekulation eingeschränkt werden. Als Landesverband haben wir unter Nutzung der neuen Handelsstrukturen mit starken Partnern kosten-

LIV-Rahmen- vereinbarungen

günstige Rahmenverträge sowohl für Gas als auch für Strom abgeschlossen, die unseren Betrieben Planungssicherheit über die nächsten 2 Jahre geben.

Energiebesteuerung überdenken

- Überdacht werden muss die Besteuerung des Energieverbrauchs. Das mit Einführung der sog. Ökosteuern verfolgte fiskalische Ziel, die Sozialkassen zu entlasten, ist nicht mehr zeitgemäß und damit nicht mehr haltbar. Will man im Rahmen einer Energiewende die Besteuerung des Energieverbrauchs als Steuerungsinstrument verwendet, so ist eine grundlegende Kehrtwende erforderlich. Inzwischen liegt der Anteil von Steuern und Abgaben am Strompreis bei rund 40 %. Damit werden die Grenzen der Belastbarkeit erreicht. Keinesfalls dürfen die durch den Sockelbetrag bereits diskriminierten kleineren und mittleren Betriebe weiter benachteiligt werden. Wir lehnen daher den Vorschlag, dass der Spitzenausgleich bei der Strom- und Energiesteuer an den Nachweis zertifizierter Energiemanagementsysteme gebunden sein soll, entschieden ab.

Aktuell: ungerechte Lastenverteilung

Diskriminierung kleinerer Betriebe

- Sehr kritisch sehen wir die Förderung der energetischen Verwertung von Biomasse.

Biomasse und Agro-Kraftstoffe

Nicht erst seit dem Debakel um den Kraftstoff Super E10, sondern bereits seit Jahren zeigt sich, dass diese Förderpolitik ein gänzlich falscher Weg ist, um einen Beitrag zum Klimaschutz oder auch zur Energieumstellung zu leisten. Der subventionierte Anbau schnell nachwachsender Energiepflanzen für Agrokraftstoffe sorgt zunehmend für Konkurrenz auf den Feldern. Trotz aller Besteuerungen, daß der Teller vor dem Tank gefüllt werden muss, geht die Entwicklung weiter. Neben der Flächenkonkurrenz werden sich beträchtliche Preiseffekte ergeben. Laut einer Studie der britischen Regierung mit dem Titel „The Future of Food and Farming“, verteuern sich landwirtschaftliche Produkte wie Mais und Weizen bis 2050 um mindestens 50 %.

Auswirkung auf Lebensmittelpreise

Maxime: Teller vor Tank

Die politische Kompromissformel, „Teller und Tank miteinander zu vereinbaren“, wird nicht aufgehen können, wenn Agrokraftstoffe weiter wie bisher gefördert werden. Wesentlich sinnvoller ist der Ausbau von Elektromobilität, wie ihn nachdrücklich der Bericht der „Nationalen Plattform Elektromobilität“ fordert, der am 16. Mai an Kanzlerin Merkel übergeben wurde.

Sicherung des Fachkräftenachwuchses

Lehrlingszahlen sinken

Die Heranbildung eines in Zahl und Qualifikation ausreichenden Fachkräftenachwuchses ist eine zentrale Zukunftsaufgabe im Bäckerhandwerk. Die Zahl der Lehrlinge ist im bayerischen Bäckerhandwerk im letzten Jahr um rund 9 Prozent gesunken. In absoluten Zahlen bedeutet das, dass in den bayerischen Handwerksbäckereien am 31.12.2010 insgesamt 6.571 Lehrlinge beschäftigt waren. Das sind 605 weniger als am 31.12.2009. In Relation zum Gesamt-Lehrlingsbestand in der Gesamtwirtschaft kann sich das Bäckerhandwerk allerdings weiterhin zu den „Ausbildern der Nation“ rechnen.

Rückgang der Schulabgängerzahlen

Die Lehrlingszahlen im bayerischen Bäckerhandwerk spiegeln insgesamt sehr zeitnah die demographische Wende bei den bayerischen Schulabgängerzahlen wider, die sich seit dem Jahr 2008 im Rückgang befinden. Diese Entwicklung wird sich verschärfen. Prognostiziert wird ein Rückgang der Haupt- bzw. Mittel-schulabsolventen bis 2025 gegenüber heute um annähernd 40 % auf nur noch 22.200 Jugendliche. Das entspricht in etwa der Zahl von Hauptschülern, die derzeit allein im Handwerk jährlich ein Ausbildungsverhältnis eingehen.

**Fachkräfteversorgung
sicherstellen**

Um den Fachkräftebedarf in Zukunft zu decken, müssen wir alle Potenziale in unserem Land ausschöpfen. Das ist einerseits ein Auftrag an die Schulen, den Ausbildungsbetrieben ausbildungsfähige und –willige Bewerber zu schicken. Es ist aber auch ein Auftrag an die Ausbildungsbetriebe, ihren Lehrlingen die bestmögliche Ausbildung zu geben, die sie auf ein erfolgreiches Berufsleben vorbereitet.

**Nachwuchswerbung
durch den Verband**

In unserer Branche waren wir in Bayern die ersten, die das Thema Nachwuchssicherung kampagnenmäßig ernsthaft aufgegriffen haben. 2005 startete unsere eigene Nachwuchskampagne „Au Backe... Zukunft?!“, die dann 2008 in die bundesweite Kampagne „Back Dir Deine Zukunft!“ überführt wurde.

**Verbessertes Er-
scheinungsbild**

Mit „Back Dir Deine Zukunft!“ ist das Erscheinungsbild der Nachwuchswerbung des Bäckerhandwerks durchgehend besser und moderner geworden. Der im letzten Jahr produzierte Kino-Werbespot wurde im Mai 2010 beim „World Media Award“ mit der höchsten Auszeichnung Gold prämiert.

Das Bäckerhandwerk zeigt sich jedoch nicht nur modern – es ist modern! Einen Eindruck

Nutzung der Social-Networks

davon können sich junge Leute auf der Internetseite www.back-dir-deine-zukunft.de verschaffen. Sie wurde im Februar 2011 komplett überarbeitet und durch die Vernetzung mit facebook und SchülerVZ noch attraktiver gemacht. Und auch hier – bei der Nutzung der Internetseite – liegt Bayern wieder vorn: Von den insgesamt rund 180 Ausbildungsplatzangeboten in der Ausbildungsplatzbörse kommt derzeit mehr als ein Drittel von Betrieben aus Bayern.

Frühstückskampagne

Von Bayern initiierte Aktion

Frühstück ist bekanntlich die wichtigste Mahlzeit des Tages. Das bayerische Bäckerhandwerk hat im Jahre 2009 den Startschuss zu einer mehrjährigen Frühstückskampagne gegeben. Standen damals die Kindergärten im Fokus, so wird sich die diesjährige, nach den Sommerferien startende 2. Staffel an die Schulen richten. Die Aktion „Unser Frühstücksbäcker“ zielt darauf ab, die Wichtigkeit ausgewogener Ernährung – insbesondere natürlich des Frühstücks – und ausreichender Bewegung für erfolgreiches Lernen herauszustellen. Der Handwerksbäcker wird dabei in seiner Rolle als kompetenter Anbieter von frischen Backwaren gestärkt.

**Kooperation mit
bayer. Ministerien**

Zur Flankierung der Aktion haben wir Kontakt zum Bayerischen Kultusministerium und zur „Vernetzungsstelle Schulverpflegung“ im Bayerischen Landwirtschaftsministerium aufgenommen. Beide Stellen begrüßen unsere Initiative ausdrücklich und werden sie unterstützen. Einen willkommenen Anlass für eine konzerierte Aktion bietet zum Beispiel der bundesweite „Tag der Schulverpflegung“ am 18. Oktober 2011.

Schluss

Und jetzt stehe ich gerne für Ihre Fragen zur Verfügung.